



## **BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG**

des Gemeinderats Mag. Rüdiger Maresch (GRÜNE)  
eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 23.11.2009  
zu Post 1 der heutigen Tagesordnung  
**betreffend Durchführung einer Volksbefragung zur S1 Wiener Außenring  
Schnellstraße („Lobau-Autobahn“) und zur A 23 (Erweiterung Südosttangente  
Wien)**

### B E G R Ü N D U N G

Im Jahr 2009 wurde die Umweltverträglichkeitsprüfung für die geplante S1-Wiener Außenring Schnellstraße („Lobau-Autobahn“) gestartet. 2010 soll die Umweltverträglichkeitsprüfung für die geplante Verlängerung der A23-Südosttangente in Richtung Raasdorf beginnen.

Die Gemeinde Wien hat in diesen Verfahren Parteistellung und damit eine Möglichkeit, die Entscheidung über dieses Bauvorhaben maßgeblich zu beeinflussen.

Die geplante Streckenführung der S1 geht durch die Lobau, ein Wiener Naturschutzgebiet, das auch als Biosphärenreservat, Ramsar-Schutzgebiet und Natura 2000-Gebiet ausgewiesen ist.

Die Verlängerung der A23-Südosttangente führt als Autobahn mitten durch die Donaustadt. Durch die Ausführung der A23-Verlängerung als Autobahn statt als zweistreifige Umfahrungsstraße wird der motorisierte Individualverkehr in der Donaustadt weiter anschwellen.

Der unterzeichnende Gemeinderat stellt daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

### **BESCHLUSSANTRAG:**

Der Wiener Gemeinderat beschließt die Durchführung einer Volksbefragung gemäß §§ 112a ff Wiener Stadtverfassung innerhalb des gesetzlich vorgegebenen Zeitraums im Gebiet des 22. Wiener Gemeindebezirks (Bezirksgrenzen gemäß Bezirkseinteilungsgesetz 1954 idgF).

Die Fragestellung soll lauten:

Sind Sie dafür, dass sich die Gemeinde Wien gegen den Bau der geplanten S1 Wiener Außenring Schnellstraße („Lobau-Autobahn“) sowie der Verlängerung der A23-Südosttangente einsetzt, und dabei insbesondere im Umweltverträglichkeitsverfahren eine negative Stellungnahme abgibt?

JA

Nein

In formeller Hinsicht beantrage ich die sofortige Abstimmung dieses Antrages

Wien, am 23.11.2009